

DROHENDE HAFTSTRAFE FÜR VERTEIDIGERIN VON SICHEREN ABTREIBUNGEN

POLEN

Justyna Wydrzyńska

Die Menschenrechtsverteidigerin Justyna Wydrzyńska wurde wegen ihres Einsatzes für den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen angeklagt. Im Fall einer Verurteilung drohen ihr bis zu drei Jahre Haft. Die Anklagen gegen sie beruhen auf Artikel 152, Absatz 2 des polnischen Strafgesetzbuchs wegen «Hilfe bei der Durchführung einer Abtreibung» und Artikel 124 des Arzneimittelgesetzes wegen «Besitzes nicht zugelassener Arzneimittel mit dem Ziel, diese in den Verkehr zu bringen».

Der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen ist in Polen stark eingeschränkt, und die Hilfe bei einem Schwangerschaftsabbruch ausserhalb der begrenzten erlaubten Gründe ist eine Straftat. Die Anklagen gegen Justyna Wydrzyńska sind ein bewusster Versuch, ihren legitimen Aktivismus zu unterbinden und das Recht von Frauen und allen Menschen, die schwanger werden können, auf Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen in Polen zu unterstützen.

- - -

Vertiefung

- Artikel auf amnesty.org (Englisch): [My first hearing: a letter from Polish abortion activist Justyna](#)
- Artikel auf vice.com (Englisch): [She Sent a Woman Abortion Pills. Now She Faces 3 Years in Prison](#)

AKTIONSVORSCHLAG UND FORDERUNGEN

Bitte **schreiben Sie einen höflich formulierten Brief** in Polnisch, Englisch oder auf Deutsch **an den Generalstaatsanwalt von Polen** und fordern Sie ihn auf, dafür zu sorgen, dass alle Anklagen gegen die Menschenrechtsverteidigerin Justyna Wydrzyńska unverzüglich fallen gelassen und keine weiteren Anklagen erhoben werden, die darauf abzielen, sie oder andere Aktivist*innen zu kriminalisieren, die Menschen, welche einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen wollen, lebensrettende Hilfe leisten.

- **Anrede:** Dear Prosecutor General / Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt
- Einen fertigen **Modellbrief auf Deutsch** zu dieser Briefaktion finden Sie **auf Seite 3**.
- Einen **Briefvorschlag auf Englisch** finden Sie **online**:
<https://www.amnesty.ch/de/laender/europa-zentralasien/polen/dok/2022/briefaktion-fuer-angeklagte-menschenrechtsverteidigerin>
Oder geben Sie auf www.amnesty.ch «Drohende Haftstrafe für Verteidigerin von sicheren Abtreibungen» im Suchfeld ein.
- **Weitere Aktionsmöglichkeit(en):** Werden Sie zusätzlich **auf Social Media** aktiv. Informationen dazu siehe online (über den Link oben).
- **Porto:** CHF 1.80
- **Weltweite Briefzustellung - Information:**
Bitte informieren Sie sich vorgängig bei der Schweizer Post, ob Briefe im Zielland aktuell zugestellt werden. Falls nicht, benutzen Sie für die Zustellung Ihres Appells E-Mail, Fax, soziale Medien und/oder senden Sie Ihren Brief via die Botschaft mit der Bitte um Weiterleitung an die Zielperson.

HÖFLICH FORMULIERTEN BRIEF SCHICKEN AN

Prosecutor General
Mr. Zbigniew Tadeusz
Ziobro ul. Postępu 3 02-676
Warszawa
POLAND (Polen)
E-Mail: biuro.podawcze@pk.gov.pl

KOPIE AN

Botschaft der Republik Polen
Elfenstrasse 9
3006 Bern
Fax: 031 358 02 16
E-Mail: berno.amb.sekretariat@msz.gov.pl

Prosecutor General
Mr. Zbigniew Tadeusz
Ziobro ul. Postępu 3 02-676
Warszawa
POLEN

Betrifft: Justyna Wydrzyńska

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt

Die Menschenrechtsverteidigerin Justyna Wydrzyńska wurde wegen ihres Einsatzes für den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen angeklagt. Im Fall einer Verurteilung drohen ihr bis zu drei Jahre Haft. Die Anklagen gegen sie beruhen auf Artikel 152, Absatz 2 des polnischen Strafgesetzbuchs wegen «Hilfe bei der Durchführung einer Abtreibung» und Artikel 124 des Arzneimittelgesetzes wegen «Besitzes nicht zugelassener Arzneimittel mit dem Ziel, diese in den Verkehr zu bringen».

Ich befürchte, dass die Anklagen gegen Justyna Wydrzyńska ein bewusster Versuch sind, ihren legitimen Aktivismus und das Recht von Frauen und allen Menschen, die schwanger werden können, auf Zugang zu sicheren Abtreibungen in Polen zu unterbinden.

Ich bitte Sie hiermit, dafür zu sorgen, dass alle Anklagen gegen die Menschenrechtsverteidigerin Justyna Wydrzyńska unverzüglich fallen gelassen und keine weiteren Anklagen erhoben werden, die darauf abzielen, sie oder andere Aktivist*innen zu kriminalisieren, weil sie Menschen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen wollen, lebensrettende Hilfe leisten.

Hochachtungsvoll,

Kopie:

Botschaft der Republik Polen, Elfenstrasse 9, 3006 Bern
Fax: 031 358 02 16 / E-Mail: berno.amb.sekretariat@msz.gov.pl

GERECHTIGKEIT FÜR VERGEWALTIGTES MÄDCHEN!

NIGERIA

Keren-Happuch Akpagher

Die 14-jährige Keren-Happuch Akpagher war Schülerin eines Internats in der nigerianischen Hauptstadt Abuja und freute sich auf den nächsten Sommerurlaub und die Zeit mit ihrer Mutter.

Doch am 22. Juni 2021 starb sie an den Folgen einer Vergewaltigung, die sie mutmasslich an ihrer Schule erlitten hatte. Eine von der Polizei angeordnete Autopsie ergab, dass sie vergewaltigt wurde. Todesursache war eine Blutvergiftung – ausgelöst durch ein Kondom, das in ihrer Vagina zurückgeblieben war.

Ein Jahr später sind der oder die Täter immer noch nicht ermittelt und vor Gericht gestellt worden. Das Internat, in dem die Tat mutmasslich verübt wurde, setzte den Schulbetrieb wie gewohnt fort.

Keren-Happuch Akpaghers Mutter, Vivian Akpagher, und ihre Familie leiden schrecklich unter dem Verlust. Doch in ihrer Trauer können sie sich nicht einmal auf die Polizei verlassen: Diese hatte Vivian Akpagher aufgefordert, für die Obduktion ihrer Tochter zu bezahlen (was sie auch tat), verweigerte ihr aber die Einsicht in den Obduktionsbericht.

Vivian Akpagher und ihre Familie kämpfen trotz aller Schwierigkeiten weiterhin für die Aufklärung des Falls und fordern Gerechtigkeit für Keren-Happuch Akpagher.

AKTIONSVORSCHLAG UND FORDERUNGEN

Bitte **schreiben Sie einen höflich formulierten Brief** in gutem Englisch oder auf Deutsch **an den Generalstaatsanwalt und Justizminister Nigerias** und bitten Sie ihn, eine unparteiische sowie umfassende und transparente Untersuchung des Todes und der mutmasslichen Vergewaltigung von Keren-Happuch Akpagher durchzuführen. Fordern Sie ihn ausserdem auf, die mutmasslichen Täter einem fairen Gerichtsverfahren zuzuführen, das den internationalen Standards entspricht und die Todesstrafe ausschliesst.

→ **Anrede:** Dear Minister / Sehr geehrter Herr Minister

→ Einen fertigen **Modellbrief auf Deutsch** zu dieser Briefaktion finden Sie **auf Seite 4**.

→ Einen **Briefvorschlag auf Englisch** finden Sie **online**:

<https://www.amnesty.ch/de/laender/afrika/nigeria/dok/2022/briefaktion-fuer-getoetete-schuelerin>

Oder geben Sie auf www.amnesty.ch «**Gerechtigkeit für vergewaltigtes Mädchen!**» im Suchfeld ein.

→ **Weitere Aktionsmöglichkeit(en):** Werden Sie zusätzlich **in den sozialen Medien** aktiv. Informationen dazu siehe online (über den Link oben).

→ **Porto:** CHF 2.30

→ **Weltweite Briefzustellung - Information:**

Bitte informieren Sie sich vorgängig bei der Schweizer Post, ob Briefe im Zielland aktuell zugestellt werden.

Falls nicht, benutzen Sie für die Zustellung Ihres Appells E-Mail, Fax, soziale Medien und/oder senden Sie Ihren Brief via die Botschaft mit der Bitte um Weiterleitung an die Zielperson.

HÖFLICH FORMULIERTEN BRIEF SCHICKEN AN

Attorney General and Minister of Justice
Abubakar Malami (SAN)
Federal Secretariat Complex
10th Floor, Shehu Shagari Way
PMB 192, Abuja
NIGERIA

Fax: +234 09 5235208

E-Mail: info@justice.gov.ng

Whatsapp/SMS: +234805 700 0003

Twitter: @Police_NG

KOPIE AN

Botschaft der Bundesrepublik Nigeria
Zieglerstrasse 45
3007 Bern

Fax: 031 384 26 26

E-Mail: info@nigerianbern.org

Attorney General and Minister of Justice
Abubakar Malami (SAN)
Federal Secretariat Complex
10th Floor, Shehu Shagari Way
PMB 192, Abuja
NIGERIA

Betrifft: Keren-Happuch Akpagher

Sehr geehrter Herr Minister

Ich wende mich heute an Sie, um Ihre Aufmerksamkeit auf den Fall der vierzehnjährigen Keren-Happuch Akpagher zu lenken, einer Internatsschülerin aus Abuja.

Am 22. Juni 2021 starb Keren-Happuch Akpagher, nachdem sie mutmasslich an ihrer Schule vergewaltigt wurde und deshalb eine Blutvergiftung entwickelte. Ein Jahr später sind der oder die Täter immer noch nicht ermittelt und vor Gericht gestellt worden.

Die Polizeibehörden sorgen für Verzögerungen in den Untersuchungen des Falls: Vivian Akpagher wurde aufgefordert, für die Obduktion ihrer Tochter zu bezahlen, was sie tat. Dennoch wurde ihr die Akteneinsicht in den Obduktionsbericht verweigert.

Ich bitte Sie deshalb, umgehend eine unparteiische sowie umfassende und transparente Untersuchung des Todes von Keren-Happuch Akpagher anzuordnen. Ausserdem fordere ich Sie auf, die mutmasslichen Täter einem Gerichtsverfahren zuzuführen, das den internationalen Standards entspricht und die Todesstrafe ausschliesst.

Hochachtungsvoll,

Kopie:

Botschaft der Bundesrepublik Nigeria, Zieglerstrasse 45, 3007 Bern
Fax: 031 384 26 26 / E-Mail: info@nigerianbern.org